

POSTULATE IM BEREICH DER DEUTSCH-POLNISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT

Sicherheit – Erinnerungspolitik – Infrastruktur
Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft

Dokument der Initiativgruppe des Polnischen Sozialrats (Polska Rada Społeczna)
anlässlich der Vorbereitung der polnisch-deutschen Regierungskonsultationen

Mitglieder der Initiativgruppe:

Dr. Kamila Schöll-Mazurek

Joanna Szymańska-Bica

Katarzyna Werth

Dr. Marta Neüff

Hintergrund

Angeichts neuer Formen transnationaler Migration und wachsender demografischer Herausforderungen in der Europäischen Union ist es notwendig, die Rolle von Pol*innen in Deutschland neu zu definieren – als gleichberechtigte Teilnehmer*innen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Diese Neubewertung ist auch im Hinblick auf künftige Maßnahmen zur Remigration nach Polen von Bedeutung.

Kontext und Lösungsvorschläge

I. Erinnerungspolitik und historische Verantwortung

Der Beitrag von Menschen polnischer Herkunft zum gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland verdient mehr Sichtbarkeit und Anerkennung.

Das Engagement polnischer Organisationen und Einzelpersonen für die Stärkung der Zivilgesellschaft und der deutsch-polnischen Beziehungen muss institutionell gestützt und öffentlich gewürdigt werden.

Die polnische Gemeinschaft in Deutschland sollte nicht nur als „Brücke“ zwischen den Gesellschaften und Institutionen beider Länder wahrgenommen werden, sondern vor allem als **starker und kompetenter Partner**, der über fundiertes Fachwissen und Expertise im deutsch-polnischen und europäischen Kontext verfügt.

Pol*innen in Deutschland fungieren faktisch als **informelle Botschafter*innen** beider Länder und tragen dazu bei, deren Position in der Europäischen Union zu stärken – in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Kultur und soziale Innovation.

Erforderlich sind **Investitionen in generationenübergreifende Aktivitäten** sowie in **Partnerschaften zwischen Städten, Landkreisen und Regionen**, bis hin zur Kooperation zwischen Woiwodschaften und Bundesländern.

Nach einer Phase der Stagnation sollten diese Partnerschaften als Instrument wirtschaftlicher, bildungsbezogener und innovativer Zusammenarbeit reaktiviert werden – zugleich als **fehlendes Bindeglied zur Stärkung der Rolle Polens im Weimarer Dreieck**.

Ziel ist es, diese Partnerschaften im **Geist von Gleichberechtigung und gegenseitiger Anerkennung** zu vertiefen.

II. Bürgerliche und soziale Sicherheit

Die volle Ausschöpfung des Potenzials der zweiten Generation erfordert eine stärkere **politische und gesellschaftliche Repräsentation** junger und mittlerer Generationen von Pol*innen in Deutschland. Obwohl Pol*innen die größte Gruppe von EU-Bürger*innen in Deutschland* darstellen, gehören sie zu den **am schwächsten politisch vertretenen Gemeinschaften**.

Eine stabile Verankerung dieser Community auf dem Arbeitsmarkt – bei gleichzeitig fairem und transparentem Zugang zur **Anerkennung beruflicher Qualifikationen** – bildet die Grundlage für ihre soziale Sicherheit.

Die Nutzung des Wissens und der Erfahrungen polnischer Migrant*innen kann zur Milderung von Fachkräftemangel in Deutschland beitragen und – im Rahmen der Remigration – die polnische Wirtschaft durch **Wissenstransfer und internationale Vernetzung** stärken. Dies liegt im **strategischen Interesse beider Staaten**.

Die Integration des Arbeitsmarktes, die Anerkennung von Qualifikationen und die Förderung aktiver Bürgerschaft sind zentrale Instrumente, um **Radikalisierungsprozesse und antidemokratische Tendenzen** zu verhindern – auch unter Rückkehrer*innen nach Polen.

Die Vermittlung demokratischer Werte und des Verständnisses für die Bedeutung der europäischen Integration muss als Bestandteil der **inneren Sicherheit** betrachtet werden – und damit als Grundlage der **äußeren Sicherheit**, insbesondere in den Grenzregionen.

Fragen wie die **prekäre Lage von Grenzpendler*innen und sog. mobilen Arbeitskräften**, das **Problem der Obdachlosigkeit** oder die **Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der polnischen Community in Deutschland** erfordern eine gemeinsame Verantwortung der Regierungen beider Länder.

Besorgniserregend ist, dass diese Themen bislang **nicht auf der Agenda bilateraler Gespräche** oder des deutsch-polnischen Runden Tisches stehen.

Das Ausklammern sozialer und bürgerlicher Fragen kann als **mangelnde Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung** für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen gewertet werden.

Zudem deutet das **Abschieben der Zuständigkeit an die Europäische Union** auf eine fehlende Bereitschaft zur Kooperation auf nationaler Ebene hin.

III. Soziale und wirtschaftliche Infrastruktur

Eine **positive gesellschaftliche Erzählung** und **aktive Bürgerbeteiligung** sind entscheidend, um ein dauerhaftes und differenziertes Bild von Pol*innen in Deutschland zu fördern – ebenso wie zur Stärkung gemeinsamer europäischer Werte, Solidarität und Fortschritt.

In diesem Zusammenhang ist eine **systematische Stärkung der Rolle der Beauftragten für die Polonia** unerlässlich. Diese sollten über **konkrete operative Kompetenzen** verfügen, darunter:

- ein **ständiges Sekretariat**,
- ein **operatives Budget**,
- eine **Anbindung an europäische Gleichbehandlungsstrukturen** (EU-Gleichbehandlungsstellen).

Die Funktion der Beauftragten darf **nicht rein symbolischen Charakter** haben, sondern muss systemisch angelegt sein – als **Brücke zwischen Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen**.

Die Beauftragten sollten die Interessen von Pol*innen in Deutschland vertreten sowie Bürger*innen der Europäischen Union und der Ukraine bei **Integrationsprozessen** unterstützen – sowohl in Deutschland als auch in Polen und insbesondere in den **Grenzregionen**, zumal die analoge Position auf polnischer Seite abgeschafft wurde.

Die Stärkung der **Freizügigkeit** sollte auch ihren **partizipativen Aspekt** umfassen – das heißt die **politische Repräsentation** und die **unabhängige Präsenz auf dem Arbeitsmarkt**, im Einklang mit europäischen Normen und Standards.

Medienkontakt:

Bei Fragen oder Anmerkungen zu diesem Dokument wenden Sie sich bitte an die Vertreter*innen der Initiativgruppe des Polnischen Sozialrats:

Dr. Kamila Schöll-Mazurek – 0049 17681 65 68 60 schoell-mazurek@polskarada.de

Joanna Szymańska-Bica – 0049 151 23770 713 joanna.szymanska-bica@polskarada.de